

Schäuble wirbt für europäische Integration

In seiner Rede vor dem deutschen Bundestag hat Finanzminister Schäuble die Bedeutung der europäischen Integration hervorgehoben. Wie weit diese in Zukunft gehen soll, bleibt jedoch umstritten.



Quelle: Finanzministerium.de

Wie erwartet hat der Bundestag am Freitag mit großer Mehrheit die Verlängerung des Hilfsprogramms für Griechenland um weitere vier Monate beschlossen. 541 Parlamentarier stimmten für den Antrag des Finanzministers, 32 Abgeordnete votierten mit Nein und 13 Abgeordnete enthielten sich. Die Stimmen gegen das Hilfspaket kamen ausschließlich aus den Reihen von Union (29 Stimmen) und Linkspartei (3 Stimmen). Vor der Abstimmung kritisierte die Opposition das Beharren der Regierung auf den bisherigen Sparauflagen. Das dritte Hilfspaket, das in vier Monaten beschlossen werden soll, müsse so gestaltet werden, "dass am Ende ein stabiles und wohlhabendes Griechenland steht", so der Fraktionsvorsitzende der Grünen Anton Hofreiter. Der Fraktionschef der Linken, Gregor Gysi, forderte sogar einen "Marshallplan" für Griechenland, um den Wiederaufbau des Landes zu ermöglichen. Die deutsche Regierung trage mit ihrem Beharren auf der Sparpolitik die Mitverantwortung für den Wahlsieg der Linkspopulisten in Griechenland.

Finanzminister Schäuble warb in seiner Rede für Solidarität unter den Mitgliedsstaaten der Eurozone. Von einem Gelingen der europäischen Einigung hänge am Ende ab, ob Deutschland eine gute Zukunft im 21. Jahrhundert habe. "Wir sind in Europa eine Gemeinschaft", sagte Schäuble. Der Finanzminister sieht die griechische Regierung jedoch auch in der Pflicht, die Vereinbarungen der Vergangenheit einzuhalten. Solidarität habe auch etwas mit Verlässlichkeit zu tun, so Schäuble. Es sei jüngst viel Vertrauen von der griechischen Regierung zerstört worden. Am Ende habe Griechenland jedoch fast alle Auflagen akzeptiert.

In Athen begrüßte die Regierung das Ergebnis der Abstimmung. Die Enttäuschung in der griechischen Bevölkerung über die wenigen Zugeständnisse der Schuldner nimmt allerdings spürbar zu. Am Donnerstag kam es zu einer ersten Demonstration gegen die regierende Syriza Partei. Am Rande der Proteste zerstörten verummte Demonstranten Schaufenster in der Athener Innenstadt und setzten mehrere Autos in Brand.

Wochenüberblick

Mo, 23.02.2015

Der Vorstandschef der britischen Großbank HSBC, Stuart Gulliver, hat sich für die Verfehlungen des Schweizer Tochterunternehmens entschuldigt. Es sei angemessen, von einer "Schande" zu sprechen, so Gulliver am vergangenen Montag. Neben den belgischen Behörden leitete nun auch die französische Justiz ein Verfahren gegen die Schweizer HSBC Private Bank ein. Das Geldhaus soll gezielt Finanzströme verschleiert und so französischen Kunden bei der Steuerhinterziehung unterstützt haben. Es wird vermutet, dass die Bank dabei geholfen hat, mehr als 5 Milliarden Euro vor dem französischen Fiskus zu verstecken.

Die Aktien der Großbank sind zuletzt auf den tiefsten Stand seit zweieinhalb Jahren gefallen. Grund hierfür ist neben dem mit der Steueraffäre einhergehenden Reputationsverlust auch der unerwartet niedrige Gewinn im Jahr 2014. Dieser lag mit 18,7 Milliarden Dollar deutlich niedriger als im Vorjahr (-17%) und blieb weit hinter den Erwartungen von Analysten zurück.

Di, 24.02.2015

Am vergangenen Dienstag hat EZB-Chef Mario Draghi den neuen 20-Euro-Schein der Öffentlichkeit präsentiert. Das Aussehen des Scheins erinnert stark an die vorherige Version, allerdings wurde ein neues Sicherheitsmerkmal hinzugefügt (ein Hologramm auf der rechten Seite des Scheins). Die EZB hofft, so der immer größeren Zahl an in Umlauf gebrachten "Blüten" entgegenzuwirken. Außerdem wurde die Europakarte auf der Rückseite des Scheins u. a. um Zypern erweitert. Draghi betonte, dass die gemeinsamen Banknoten ein wichtiges Symbol für die europäische Integration seien.

Di, 24.02.1015

Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr geringfügig stärker gewachsen als erwartet, dies gab das statistische Bundesamt am Dienstag bekannt. So stieg das BIP um 1,6% im Vergleich zum Vorjahr, Experten hatten mit 1,5% gerechnet. Wichtige Impulse kamen von den privaten Haushalten, deren Konsumlaune sich zuletzt deutlich verbessert hat. Auch deutsche Unternehmen investieren wieder mehr Geld in neue Anlagen als noch vor einigen Monaten.

Die Griechenlandkrise, aber auch der Konflikt mit Russland haben Europa zuletzt stark unter Druck gesetzt. Zur Lösung dieser Krisen könnte die vom Finanzminister angesprochene Integration des Kontinents einen wichtigen Beitrag leisten. Umstritten bleibt jedoch, inwieweit dieser Prozess politisch umgesetzt werden kann.

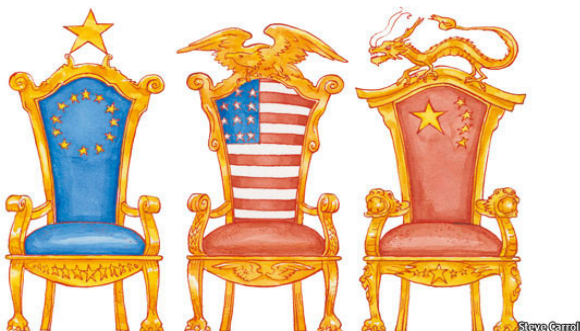
Die finanzpolitische Verzahnung der Eurozone wurde im vergangenen November durch die Verabschiedung von vier Gesetzen zur Einführung der europäischen Bankenunion im deutschen Bundestag vorangetrieben. Finanzminister Schäuble nannte die Bankenunion "das größte[...] europäische[...] Integrationsprojekt nach der Einführung des Euro". Zukünftig sollen in der gesamten Europäischen Union gemeinsame Regeln zur Bankenaufsicht und Abwicklung von Geldhäusern gelten.

Die Ukraine-Krise hat indes gezeigt, wie wichtig die Integration in anderen Bereichen wie der Energiepolitik bei der Sicherung des hiesigen Wohlstands geworden ist. Noch am vergangenen Mittwoch drohte Russlands Präsident Putin Europa mit Problemen bei der Energieversorgung, sollte es zu einem Gaslieferstopp an die Ukraine kommen. Angesichts dieser Aussichten, misst man in Brüssel der geplanten "Energie Union" eine immer größere Bedeutung bei. Durch die Verflechtung des Energiemarktes will Brüssel zukünftig bis zu 40 Milliarden Euro sparen und die Abhängigkeit vom russischen Gas reduzieren, so der Energie-Kommissar Miguel Arias Canete am Mittwoch.

Viele Experten fordern neben der ökonomischen auch die politische Integration Europas. Für Aufsehen hatte zuletzt die Aussage des ehemaligen Notenbankers Alan Greenspan gesorgt, der die Eurozone nur bei einer politischen Integration der Mitgliedsstaaten für zukunftsfähig hält. Ähnlich äußerte sich auch der Harvard-Ökonom Kenneth Rogoff. Europa befinde sich, ähnlich wie die USA im 18. Jahrhundert, in einem "Zwischenstadium" zwischen unabhängig agierenden Nationalstaaten und der Errichtung eines großen Binnenstaates, so Rogoff in einem Interview mit dem Spiegel. Am Ende würden die Vereinigten Staaten von Europa schneller kommen als von vielen erwartet.

Ob es in Zukunft tatsächlich zu einer solchen Einigung kommt, bleibt abzuwarten. Schon innerhalb der Bundesregierung herrscht Uneinigkeit darüber, ob die Vereinigten Staaten von Europa das langfristige Ziel der EU sein sollten oder vielmehr eine Konföderation unabhängiger Staaten. In Expertenkreisen ist man sich jedoch einig, dass viele europäische Probleme durch eine stärkere Integration gelöst werden könnten.

Quelle: economist.com



Di, 24.02.2015

Die Chefin der US-Notenbank Janet Yellen hat bei ihrer Anhörung vor dem US-Kongress deutlich gemacht, dass sich die Notenbank weiterhin nicht auf den Zeitpunkt der anstehenden Leitzinserhöhung festlegen will. Das Weglassen des Wortes "geduldig" in den Statements zur Währungspolitik der Zentralbank solle jedoch zukünftig als Fingerzeig für die Märkte dienen, dass eine baldige Zinserhöhung bevorstehen könnte. Bei einer weiterhin positiven Entwicklung der Märkte könne diese dann tatsächlich von der Zentralbank eingeleitet werden.

Do, 26.02.2015

EZB-Ratsmitglied Luc Coene hat sich am Mittwoch dafür ausgesprochen, einen Mechanismus einzuführen, der es Mitgliedsstaaten der Eurozone erlaubt, aus dieser auszutreten, falls dies der Wunsch der Bevölkerung ist. Ein solcher Schritt sei derzeit zwar kaum vorstellbar, die theoretische Möglichkeit bestehe jedoch. Coene verteidigte außerdem das derzeitige Anleihekaufprogramm der EZB. Dieses sei notwendig, um das System mit "Sauerstoff" zu versorgen.

Fr, 27.02.2015

Im vergangenen Jahr dürfte Griechenlands Wirtschaft zwar insgesamt gewachsen sein, im letzten Quartal ging die Wirtschaftsleistung jedoch stärker zurück als erwartet (-0,4%), dies teilte das Statistikamt Elstat am Freitag mit. Die Daten für das ganze Jahr sollen im März veröffentlicht werden.

Sa, 28.02.2015

Wie von Experten erwartet, hat die chinesische Zentralbank den Leitzins von 5,6% auf 5,35% gesenkt. Die Zentralbank reagierte damit auf das vergleichsweise schwache Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr. Als weiteren Grund nannte die Zentralbank die Beschäftigungslage in China. Die Richtung der Geldpolitik bleibe jedoch von diesem Schritt unberührt.